



Aufruf: Nie wieder ist Jetzt! – Nein zur AfD! Stand Februar 2025

Nach den bisherigen drei Fortsetzungen unseres Aufrufs fragen wir uns: Wie kann es weitergehen? Position zu beziehen im »Dagegensein« ist wichtig, genügt aber nicht. Wie können wir mit positiven, mutmachenden Impulsen aus unseren Berufsfeldern heraus zur weiteren Entwicklung und – vor allem – der Bewahrung einer inklusiven sozialen und psychiatrischen Arbeit beitragen? In den Kommentaren zu unseren Aufrufen finden wir zahlreiche Impulse, die bereits in diese Richtung gehen.

Zum Beispiel

- »Wir sollten unsere Inhalte und nicht unsere Ablehnung in den Vordergrund stellen. Dafür stehen wir ein, für gleiche Rechte, Akzeptanz und Verschiedenheit und nicht für Ausgrenzung.« (Andreas Wieman, Basel)
- »Die notwendige Politisierung der Psychiatrie hört nicht bei der Ablehnung der AfD auf, die zunehmende Verelendung der chronisch psychisch Kranken ist genauso ein Skandal und bereitet den Boden für, rechts-extreme und bürgerliche Ordnungsrufe und Wahlverhalten.« (Dr. Dyrk Zedlick, Leipzig)
- »Wir brauchen ein wirklich dialogisches Bündnis und einen breiten politischen Diskurs.« (Dr. Thomas Bock, Hamburg)
- Die an der Erhaltung und Verbesserung unserer Wertegemeinschaft interessierten Menschen müssen ein deutliches Zeichen setzen und ihre Haltung nicht nur durch die Abgabe ihrer Wählerstimme an verantwortliche und konstruktive politische Organisationen, sondern auch durch öffentliche Stellungnahmen zum Ausdruck bringen. (Prof. Dr. Reinhold Kilian, Ulm)
- Je breiter gegen Rechtsextremismus gehandelt wird, desto besser. (Eva Kreitmayr)

Wie aber könnten wir mehr Breite und durch welche Bündnisse gewinnen? Dazu schreibt die Kontaktstelle Gruppe Soziale Selbsthilfe gGmbH (Hannover): »Es ist in Betracht der aktuellen Geschehnisse notwendig, dass sich nun wichtige sozialpsychiatrische Akteure (...), aber auch einzelne Institutionen klar positionieren.«

Position beziehen – Bündnisse schmieden – Mut machen

Wir denken zu den wichtigen (sozial) psychiatrischen Akteuren gehören z.B. die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP), der Dachverband Gemeindepsychiatrie, der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE), der Bundesverband

Angehöriger psychisch Kranker (BAPK), die Deutsche Fachgesellschaft psychiatrische Pflege (DFPP), die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) und der Psychiatrie Verlag ...

Wie wäre es, wenn diese großen Verbände dem Vorschlag folgen und ihre Verteiler sowie sonstigen Möglichkeiten nutzen würden, sich deutlich zu positionieren? Durch eine Vernetzung untereinander wären sie ein starkes Bollwerk gegen rechtsradikale Entwicklungen in der Psychiatrie. In vorbildlicher Weise könnten sie so auch kleinere Vereine und Mitgliedseinrichtungen zu politischem Engagement ermutigen und sie dabei unterstützen.

In einzelnen Einrichtungen und Vereinen findet sich bereits diese Position: Dr. Dr. Bruno Steinmacher (Berlin) schreibt z. B.: »Die zum Thema gehörenden Stellungnahmen und landesweiten Demonstrationen sind generations- und berufsgruppenübergreifend Thema in unseren Besprechungsroutinen und Ausgrenzung psychisch Kranker sowie die deutsche Psychiatriegeschichte im vergangenen Jahrhundert natürlich regelmäßig Inhalt unserer Weiterbildungs-curricula.«

Heike Borchert (Stuttgart), bezieht sich auf ihre Klient:innen: »Die Äußerungen, die ich oft höre, klingen z. B. so: ›Es wird ja alles immer schlimmer und die einzige Partei, die wirklich etwas ändern will, ist die AfD.‹ (...) Für mich ist es geradezu grotesk, dass Menschen, die selbst Stigmatisierung erleben, Sozialeleistungen erhalten und die unter dem schlechter werdenden Gesundheitssystem leiden, den Schluss ziehen, dass die AfD die richtige Partei für Deutschland sein könnte. (...) Außerdem möchte ich in einem Arbeitskreis mit Kolleg:innen dieses wichtige Thema besprechen, um eine gemeinsame Haltung

und Auseinandersetzung zu fördern und abzuklären wie wir Klient:innen sensibilisieren und in einen konstruktiven Dialog mit ihnen kommen können.«

Auch die Webseiten der Einrichtungen sind eine Möglichkeit, Position zu beziehen. Der Verbund Sozialtherapeutischer Einrichtungen NRW e.V. (Münster) hat dies beispielhaft getan und schreibt dazu Folgendes: »Als Teil der sozialpsychiatrischen Versorgungslandschaft möchte der VSE NRW e.V. seiner sozialen und anwaltlichen Verantwortung nachkommen und deshalb haben wir Ihren Aufruf und unsere Unterstützung dessen auf unserer Homepage geteilt.«

Wie hier unser Aufruf, könnten mit dieser Bündnisidee Positionierungen für eine »weltoffene«, menschenwürdige, inklusive Psychiatrie und soziale Landschaft auch bis hin zu kleinen psychosozialen Vereinen erreicht werden. Und dort in den Leitbildern, den Ethikrichtlinien und auf den Webseiten erscheinen.

Wir würden uns sehr freuen von Ihnen/Euch zu dieser unserer Idee eine Rückmeldung zu bekommen. Wer also Anregungen für die Umsetzung, Erweiterung oder Modifizierung der Idee der Vernetzung zu größeren Bündnissen hat, bitte direkt senden an:

nie.wieder.ist.jetzt@psychiatrie-verlag.de

Wir beabsichtigen darüber in den kommenden Heften der Sozialpsychiatrischen Informationen zu berichten.

Vielen Dank!

Peter Weber und Renate Schernus
(Beirat Sozialpsychiatrische Informationen)
mit Redaktion und Psychiatrie Verlag GmbH,
Köln